

Nachfolgend der halbmonatliche Medienfilter des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) mit aktuellen Nachrichten aus europäischer Politik und Gesetzgebung. In dieser Ausgabe werden folgende Themenbereiche behandelt:

- [Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt](#)
- [Soziales, Bildung und Beschäftigung](#)
- [Gesundheit](#)
- [Medien und Kommunikation](#)
- [Energie](#)
- [Umwelt und Verkehr](#)

Diese und die folgenden Ausgaben sind mit der **Legislativvorschau** des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) ergänzend!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Die Schlagzeile der Woche

Activ2work? Start here!

Mangelnde Zeit ist einer der wichtigsten Gründe Arbeitswege nicht zu Fuß oder mit dem Rad (eventuell in Kombination mit dem Öffentlichen Verkehr) sondern mit dem Auto oder Motorrad zu bewältigen. Dies stellt eine der wesentlichen Barrieren für die Änderung von individuellem Mobilitätsverhalten und damit für das Erreichen verkehrspolitischer Ziele im Sinne der Mobilitätswende dar.

Die Idee von active2work ist eine neue Vereinbarung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zur Förderung aktiver Mobilität. Ein Teil des Arbeitsweges wird in die Arbeitszeit eingerechnet, sofern der Arbeitsweg zu Fuß, mit dem Fahrrad oder anders aktiv zurückgelegt wird. Dadurch soll die Akzeptanz und Inanspruchnahme aktiver Verkehrsmodi gesteigert und die Änderung von individuellem Mobilitätsverhalten incentiviert werden.

Die [Untersuchung der Rahmenbedingungen](#) des active2work-Modells haben gezeigt, dass sich ein derartiges Umdenken volkswirtschaftlich rechnet. Ausgehend von den Mobilitätsdaten und abhängig vom Szenario ist ein Umstieg auf active2work potentiell für ca. 200.000 bis 530.000 Personen in Österreich interessant. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive überwiegt der Nutzen deutlich die Kosten. Wesentliche positive Faktoren sind Gesundheitsnutzen und Beschäftigungseffekte.

Die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft!

Nun hat Portugal [3 Hauptprioritäten](#) für seine Amtszeit (erstes Halbjahr 2021) festgelegt:

- Förderung einer Erholung, die durch die Klimawende und den digitalen Wandel angekurbelt wird
- Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte als Schlüsselement für die Gewährleistung von Fairness und Inklusivität bei der Klimawende und beim digitalen Wandel
- Stärkung der strategischen Autonomie Europas bei gleichzeitiger Weltoffenheit

Unter der Überschrift „*Zeit zu handeln: für einen gerechten, grünen und digitalen Wiederaufbau*“ ist dieses Programm, ebenso wie das der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, maßgeblich von der Corona-Pandemie und ihren Folgen geprägt. Im Mittelpunkt der Aktivitäten sollen die Umsetzung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 sowie des Wiederaufbauinstruments Next Generation EU stehen. Darüber hinaus will Portugal eigene Agenden vorantreiben, insbesondere die Stärkung des Vertrauens der Bürger in das europäische Sozialmodell. Während der Präsidentschaft ist ein Sozialgipfel zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte geplant. Schließlich will die Ratspräsidentschaft die Schaffung einer Europäischen Gesundheitsunion voranbringen.

Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

Finanzierung der Daseinsvorsorge – die Zukunft sichern!

Das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung - hat im Auftrag des [Österreichischen Städtebundes](#) eine Studie zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge erstellt. Der Studie zu Folge sind die Ausgaben der Daseinsvorsorge im Bildungsbereich, für Infrastruktur, Kultur und Wohnen stark angestiegen. Rückgänge hingegen gab es bei der Ver- und Entsorgung sowie beim ÖPNV (aufgrund höherer Investitionszuschüsse). Zeitgleich kam es zu starken Einnahmenseinbußen durch die Corona-Krise, insbesondere durch die Mindereinnahmen bei der Kommunalsteuer, den Fremdenverkehrsabgaben und den Ertragsanteilen. Nach ersten Einschätzungen werden die Auswirkungen noch bis 2023/2024 spürbar sein. Zur Sicherung der Finanzierung ist ein zumindest teilweiser Ausgleich der laufenden Einnahmenseinbußen erforderlich. Neben den Einnahmenseitigen Unterstützungsmaßnahmen empfiehlt das KDZ die Absicherung und Stärkung der Gemeindeabgabenautonomie. Die vollständige Studie finden Sie [hier](#).

Legislativvorschau – Wirtschaft

19. Jänner 2021

Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Europas

03. Februar 2021

Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert

17. Februar 2021

Gemeinsame Mitteilung über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus

Überprüfung der Handelspolitik, einschließlich der WTO-Reforminitiative

24. Februar 2021

Mitteilung zur besseren Rechtsetzung

Soziales, Bildung und Beschäftigung

Die Finanzpolizei stellt nun Amazon ein Strafpaket zu!

Bereits im ersten Quartal 2020 kontrollierten 60 BeamtInnen der Finanzpolizei Dienstnehmer von Subunternehmen im Amazon-Verteilzentrum in Großebersdorf bei Wien. Bei den kontrollierten Firmen handelte es sich um im Großraum Wien tätige Paketlieferanten. Bereits vor Ort konnten damals unmittelbare Verstöße gegen das Arbeitsrecht festgestellt werden, unter anderem gegen das Lohn- und Sozialdumpinggesetz sowie das Ausländerbeschäftigungsgesetz.

Nun wurden [folgende weitere Vergehen](#) festgestellt:

- 468 Übertretungen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz
- 144 Übertretungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz
- 12 Übertretungen nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz
- 1 Übertretung der Gewerbeordnung festgestellt
- Darüber hinaus wurde in 96 Fällen Sozialleistungsbetrug zur Anzeige gebracht.

Weiters leitete die Finanzpolizei zahlreiche Kontrollmeldungen an das Arbeitsmarktservice sowie die österreichische Gesundheitskasse weiter und regte 18 Betriebsprüfungen an.

Legislativvorschau – Soziales

14. Jänner 2021

Mitteilung über das Minority Safepack als Antwort auf die Europäische Bürgerinitiative JOUROVÁ

27. Jänner 2021

Grünbuch zur Bevölkerungsalterung

17. Februar 2021

Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

24. Februar 2021

Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte

Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformarbeiter*innen

Gesundheit

Plasma spenden – Leben retten!

Die Kommission fördert 24 Projekte für die [Behandlung von COVID-19-Patienten](#) mit Rekonvaleszentenplasma. Die Projekte ermöglichen die Plasmagewinnung von Spendern, die an COVID-19 erkrankt sind. Die Plasmaspenden werden dann für die Behandlung von COVID-19-Patienten oder für die industrielle Herstellung von Immunglobin eingesetzt. Im Juli 2020 wurden alle öffentlichen und gemeinnützigen Blutspendedienste in der gesamten EU und in Großbritannien (UK) eingeladen, die Mittel für den Kauf von Geräten zur Plasmasammlung zu beantragen. Die Zuschüsse werden über das Coronavirus-Soforthilfeinstrument (ESI) mit insgesamt 36 Mio.€ finanziert. Die Projekte, die in 14 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, und in UK durchgeführt werden, beliefern insgesamt über 150 Blut- oder Plasmasammelzentren.

Legislativvorschau - Gesundheit

03. Februar 2021

Europas Plan zur Bekämpfung von Krebs

Umwelt und Verkehr

Durch und durch Grün nach Deutschland!

Seit Jahres Beginn fährt die [ÖBB Rail Cargo Group](#) auch in Deutschland zu 100 % mit Bahnstrom aus erneuerbaren Energiequellen. Der Strom für den Bahnbetrieb wird aus Partner-Kraftwerken gewonnen sowie aus dem öffentlichen Netz bezogen. Die Herkunft aus Wasserkraft ist dabei durch Zertifikate des TÜV Nord bestätigt. In Österreich fahren bereits seit Sommer 2018 alle Güterzüge mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Es wird geplant, dass in den kommenden Jahren weitere Länder folgen werden. Hierzulande betreibt die ÖBB bereits acht eigene Wasserkraftwerke und ein Solarkraftwerk, die zusammen mehr als ein Drittel des benötigten Bahnstroms erzeugen.

Biodiversität und die Pandemie!

Am 14.01.2020 fand die Anhörung des [Europäischen Parlaments](#) zum Thema *“Facing the sixth mass extinction and increasing risk of pandemics: what role for the EU Biodiversity Strategy for 2030”* statt.

Der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) befasste sich mit dem Verlust der biologischen Vielfalt und dessen Ausmaß, in dem dies das Risiko von Pandemien aufgrund von veränderter Landnutzung, Klimawandel und Wildtierhandel erhöht. Die Rolle, die die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 spielen könnte, um dem Verlust der biologischen Vielfalt entgegenzuwirken und das Engagement der EU und der Welt für die biologische Vielfalt zu erhöhen, wurde im Detail erörtert.

Das detaillierte Programm finden Sie [hier](#).

Ebenso kann man sich die Anhörung unter diesem [Link](#) nachverfolgen.

Legislativvorschau - Umwelt und Verkehr

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Umwelt und Verkehr enthalten.

Medien und Kommunikation

Koordination der Energieunion!

Eine neue [Verordnung](#) über die Governance der Energieunion und den Klimaschutz soll gemeinsame Regeln für die Planung, Berichterstattung und Überwachung festlegen. Damit soll versucht werden die Klima- und Energieziele für 2030 zu erreichen. Das [neue Governance-System](#) soll u.a. sicherstellen, dass nationale und [EU-Strategien](#) bestmöglich aufeinander abgestimmt sind. Insbesondere wird darauf geachtet einen Einklang mit den Zielen des Pariser Übereinkommens zu finden.

Die Umwelt ruft zurück!

Die Kommission veröffentlichte am 23.12.2020 einen [Fahrplan](#) für den geplanten Entwurf einer delegierten Verordnung über „*Energieverbrauchskennzeichnung von Mobiltelefonen und Tablets – Verbraucherinformationen über Umweltauswirkungen*“. Diese Initiative ergänzt die parallele Durchführungsverordnung zum Ökodesign. Ziel ist es, gegebenenfalls Kennzeichnungsanforderungen einzuführen, die das Ökodesign unterstützen, indem die VerbraucherInnen besser über die Nachhaltigkeit von Produkten informiert werden. Bis zum 27. Januar 2021 ist Feedback zu einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase möglich. Für das zweite Quartal 2021 ist eine öffentliche Konsultation vorgesehen.

Legislativvorschau – Medien

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Medien enthalten.

Energie

Energetische Zusammenarbeit sichert das Stromnetz!

Die Dachorganisation der Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E) bestätigt, dass am 8.1.2021 ein Split des europäischen Stromnetzes zum Frequenzeinbruch in Österreich führte. Die [Austrian Power Grid AG berichtet](#), dass kurz aufeinander folgende Ausfälle von Netzbetriebsmitteln in Südost-Europa eine Auftrennung des Netzgebietes in zwei Gebiete verursachte. Das südliche Gebiet hatte zu diesem Zeitpunkt Erzeugungsüberschüsse, welche aufgrund der ausgefallenen Leitungsverbindungen nicht mehr in den Zentralraum Europas transportiert werden konnten. Umgekehrt verhielt es sich im nördlichen Gebiet, zu welchem auch Österreich zählte. Hier fehlten nach dem Netzsplit die Erzeugungsmengen. Dieses Leistungsdefizit ließ die Frequenz absinken, ehe man mit zusätzlicher lokaler Erzeugung bzw. mit Verbrauchsreduktion sowie Importen aus Großbritannien und Skandinavien die Frequenz wieder stabilisieren konnte. Der exakte Grund für die Ausfälle der Betriebsmittel ist zurzeit Gegenstand weiterer Ermittlungen.

Legislativvorschau – Energie

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Energie enthalten.